

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober deren Raum 16 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturgen hinfällig wird. Erschließungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1,20 einschl. 18 3 Beförd. Geb., jäh. 36 3 Zustellungsgeb.; d. Ag. M 1,40 einschl. 20 3 Austrägergeb.; Einzeln. 10 3. Bei Nichterscheinen der Zeit. ins. höh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Vierterung der Zeitg. / Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 321.

Nummer 233

Altensteig, Freitag, den 6. Oktober 1933

56. Jahrgang

Weiter siegreich vorwärts in der Arbeitsschlacht

Der große Arbeitsbeschaffungsausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages

Berlin, 5. Oktober. Der Arbeitsbeschaffungsausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages trat am 4. Okt. unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. v. Renteln zum ersten Mal seit seiner Berufung zusammen. Präsident Dr. v. Renteln hielt eine Rede, in der er die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Reichsregierung eingehend schilderte.

Sodann ergriff der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, das Wort zu Ausführungen über die Finanz- und Steuerpolitik der Reichsregierung. Staatssekretär Reinhardt gab zunächst einen Überblick über die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung auf Steuer- und finanzpolitischem Gebiet. Er betonte dann, daß Ausgaben und Einnahmen des Reiches sich in den ersten fünf Monaten des laufenden Rechnungsjahres die Waage gehalten haben. Kassenschwierigkeiten haben sich in den weiteren Monaten des Rechnungsjahres nicht ergeben. Die Haushaltsjahre 1934 bis 1938 sind vorbelastet mit den Steuergutschriften, mit den Arbeitsbeschaffungsprogrammen und mit den Entschuldungsmassnahmen der Landwirtschaft. Die Vorbelastung beträgt rund vier Milliarden für fünf Jahre. Es muß ein Steuersystem geschaffen werden, das sozial gerecht ist, und die Steuern müssen wirtschaftlich tragbar sein. Die Steuererträge und die neue Abgabenordnung werden aus nationalsozialistischem Geist geboren sein. Bei der Bemessung der Einkommensteuer wird in weitgehendem Maß bevölkerungspolitischen Grundgedanken entsprochen werden. Die Steuerreform wird sich nicht nur auf die Steuern des Reiches, sondern selbstverständlich auch auf diejenigen der Länder und Gemeinden erstrecken. Reich, Länder und Gemeinden werden steuerlich als Einheit betrachtet werden. Die Steuervereinfachung wird darin bestehen, daß die Vielheit von Steuern des Reiches, der Länder und der Gemeinden abgelöst werden durch einige große Steuern, die die Einnahmequellen für die Gesamtheit von Reich, Ländern und Gemeinden sein werden. Der Steuervereinfachung gemäß wird auch eine einheitliche Steuerverwaltung geschaffen werden.

Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, äußerte sich über die Aufgaben auf dem Gebiete des Autostrassenbaues. Die bisherigen Strecken sind unter dem Gesichtspunkt in Angriff genommen worden, daß die Straßenlinien hier vollkommen klar liegen. Im nächsten Jahr wird man weitere große Straßenbauten in Angriff nehmen. Die Finanzierung eines Straßennetzes von 6000 Kilometer ist bereits gesichert. Dr. Todt warnte vor einer ungeordneten Ausdehnung in der Bauindustrie. Der vorhandene Apparat reicht völlig aus, um der kommenden Aufgaben Herr zu werden. Bei einer weiteren Ausdehnung würde nach Ablauf einer bestimmten Zeit keine Arbeitsmöglichkeit mehr vorhanden sein.

Ein Grußwort des Reichsbischofs

An alle deutschen evangelischen Gemeinden

Der Reichsbischof hat anlässlich seiner Berufung durch die Nationalversammlung folgenden Grußwort an die deutschen evangelischen Gemeinden gerichtet:

Alle evangelischen Gemeinden mit ihren Gliedern und Pastoren grüße ich mit herzlichsten Segenswünschen.

Der Kampf um die Einigung der Kirche war nicht leicht — um so dankbarer müssen wir sein, daß die erste deutsche evangelische Nationalversammlung zu einem einmütigen Beschluß kam. So wurde der Tag von Wittenberg groß und entscheidend.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die Kirche so vollstehend zu gestalten, wie es lebensnotwendig für Volk und Kirche ist. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden durch gemeinsame Arbeit aller Beteiligten. Grundlegend ist dazu zu sagen, daß die Kirche in erster Linie der Gemeinde gehört. Sie gehört nicht erst den Pastoren und Bischöfen. Führung der Kirche heißt nicht Herrschen in der Kirche, sondern der Gemeinde und ihren Gliedern dienen und helfen.

Die Aufgabe der Kirche ist mithin Kampf für Gott und sein Evangelium, Kampf gegen alles unchristliche Wesen. Solcher Kampf ist nur von Erfolg gekrönt, wenn er von Kämpfern geführt wird, die in ihrem eigenen Leben immer wieder durch Kampf zur Freiheit kommen. Wir brauchen begeisterte, opferwillige Wesen, wie unsere Väter es waren, die um ihres Glaubens willen lieber alle ihre Güter im Stich ließen, als daß sie ihren Glauben verraten hätten.

Ihr lieben evangelischen Glaubensgenossen: Ich rufe Euch auf zu Kampf und Arbeit für Christus und sein Evangelium. Für unsere geeinte deutsche evangelische Kirche, für unser geliebtes Volk und Vaterland!

gez. Ludwig Müller.

Mussolini zur Abrüstung

Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich?

Paris, 5. Okt. Der „Excelsior“ veröffentlicht einen Artikel Mussolinis zur Abrüstungsfrage. Die Völker erwarteten heute keine Wunder mehr, sondern begnügten sich mit Kompromissen. Ein Abrüstungsabkommen müsse außer der Zustimmung der im Völkerbund vertretenen Staaten auch die Americas und Rußlands finden.

Es sei heute schwer, einen Unterschied in bezug auf Deutschland zu machen. Auf der anderen Seite könne man aber auch die Befürchtungen der anderen Staaten nicht außer acht lassen. Selbst wenn man sie ausschließlich vom psychologischen Standpunkt aus betrachte. Man habe versucht, ein allgemeines Abkommen aufzustellen, um zur Abrüstung zu gelangen. Dabei sei gar nicht die Rede von Abrüstung, sondern lediglich von einer Rüstungseinschränkung und Rüstungsangleichung. Denn es gebe Grenzen der Rüstungseinschränkung, und man könne von keinem State verlangen, seine Rüstungen fortwährend einzuschränken, ohne sich dabei einer ernstlichen Gefahr auszusetzen.

Das Ansehen des Völkerbundes habe während der letzten 20 Monate harte Schläge erlitten. Zwischen den Häutern der Verträge und denen, die gezwungen seien, sich diesen Verträgen zu unterwerfen, beständen keine günstigen Gefühle. Die besiegten Staaten hätten allerdings Gründe genug, eine solche Haltung einzunehmen, weil der Versailler Vertrag die Abrüstung der Siegerstaaten ebenso vorgesehen habe, wie ihre eigene und weil die Siegerstaaten sich sogar verpflichtet hätten, diese Verträge durchzuführen.

Um dieses doppelte Hindernis zu überwinden, habe er, Mussolini, keinen richtigen Plan vorgebracht, wie man dies behauptet habe, sondern nur Vorschläge mit dem Ziel unterbreitet,

zu einer praktischen, wenn auch begrenzten Schlussfolgerung zu kommen. Frankreich besitze eine außerordentliche Sicherheit in seiner militärischen Ausrüstung, seiner Ueberlieferung, sowie der Moral seines Heeres und seines Volkes. Deutschland habe am 17. Mai durch die Rede des Führers deutlich ausgesprochen, es könne an keinen Krieg denken, da ein solcher Krieg eine Katastrophe bedeuten würde. Die nationalsozialistische Herrschaft sei zu sehr mit innerpolitischen Fragen beschäftigt, um an militärische Abenteuer denken zu können. Nur wenn man die moralischen Hindernisse beseitige, könne man die französische und deutsche Auffassung auf der Grundlage der Bürgschaft des Brierotvertrages angleichen.

Am die ganze Schwere der Abrüstungsfrage zu erkennen, müsse an die Möglichkeit eines mehr oder weniger weitgehenden Mißerfolges der Konferenz gedacht werden. Mit diesem Lage würde der Völkerbund praktisch aufgehört haben, zu bestehen. Neue Staatengruppen würden sich formen, die Meinungsverschiedenheiten würden sich zuspitzen, und eine Ära furchtbarer Unsicherheit würde in Erscheinung treten.

Beginn der Abrüstungskonferenz am 16. Oktober

Genf, 5. Okt. Präsident Henderson hat das Präsidium der Abrüstungskonferenz auf Montag nachmittag zu einer neuen Sitzung einberufen. Das Büro tritt am Montag zunächst zu einer geheimen Beratung zusammen. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Präsidenten über die Durchführung der Entscheidung vom 23. Juni, durch die Henderson vom Präsidium beauftragt worden war in direkter Fühlungnahme mit den Grobmächten die Grundlage für eine allgemeine Regelung vorzubereiten. Die Abrüstungskonferenz selbst tritt am 16. Oktober in Genf zusammen.

Dr. Göbbels über das Schriftleitergesetz

Dr. Dietrich Führer des Reichsverbandes der deutschen Presse

Berlin, 5. Okt. Reichsminister Dr. Göbbels verkündete am Mittwochabend in einer Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Presse im Hause der deutschen Presse feierlich das vom Reichsministerium beschlossene neue Schriftleitergesetz. Kraft des ihm durch das Gesetz übertragenen Rechtes bestätigte der Minister den Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, den Reichspresseschef der NSDAP, Dr. Dietrich, als Führer des Reichsverbandes und überreichte ihm gleichzeitig ein Exemplar des Gesetzes, das die Unterschriften des Führers Reichskanzler Adolf Hitler, und des Reichsministers Dr. Göbbels trägt. Auf die Bitte Dr. Dietrichs hin nahm Reichsminister Dr. Göbbels die Ehrenmitgliedschaft des Reichsverbandes der deutschen Presse an.

Reichsminister Dr. Göbbels erläuterte darauf in längerer Rede den Inhalt und die Auswirkung des Schriftleitergesetzes. Er sagte u. a.: Ich glaube, wir stehen mit dem Schriftleitergesetz an einem entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland überhaupt. Es bedarf keines Beweises, daß eine Regierung, die auf so revolutionäre Weise wie die jetzige in Deutschland an die Macht gekommen ist, selbstverständlich auch vor dem Gebiet der Presse nicht Halt machen konnte. Es ist uns Nationalsozialisten klar, welches Instrument mit der Presse einzelnen Menschen und im weiteren Gesichtspunkte auch dem Staat in die Hände gegeben werden kann. Ich möchte mich jetzt darauf beschränken, eine Reihe von Begriffen klarzustellen die im neuen Staat, den wir repräsentieren, ein ganz andere Bedeutung haben als im alten.

Der Begriff der Meinungsfreiheit wird nicht nur in Deutschland selbst, sondern heute in der ganzen Welt auf das lebhafteste diskutiert. Und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß dieser Begriff in seiner absoluten Ueberschätzung in der ganzen Welt sehr ins Wanken gekommen ist. Der Glaube, daß es eine Freiheit der Meinung, losgelöst vom nationalen und vom völkischen Interesse überhaupt geben könne, dieser Glaube ist allgemein im Rückzug begriffen. Man beginnt nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt mehr und mehr einzusehen, daß die Freiheit des Geistes und die Freiheit der Meinung Grenzen finden müssen, wo sie sich mit den Rechten und Verpflichtungen des Volkes und Staatskörpers zu stoßen beginnen. Wir haben unsere Ansicht über diesen Tatsachenbestand niemals verheimlicht.

Der Begriff der absoluten Pressefreiheit ist ein ausgesprochen liberaler. Er geht nicht vom Volk in seiner Gesamtheit aus, sondern er geht vom Individuum aus, und in seiner Ueberschätzung

haben wir mehr und mehr die Tatsache feststellen müssen, daß die Freiheit der Meinungen, je mehr sie dem Einzelindividuum überantwortet wurde, um so mehr im Hinblick auf das Gesamtinteresse eines ganzen Volkes zu Schaden kam. Die Begrenzung der Geistes- und Meinungsfreiheit wird sich immer dann zum Segen des ganzen Staatswesens auswirken, wenn die Mehrheit der Wohlmeinenden sie sich freiwillig auferlegt und sie von Staats wegen den renitenten und sabotierenden Elementen aufgezwungen wird. Der Staat kann sich gar nicht dieses souveränen Rechtes von irgend einem Einzelwesen nehmen lassen. In dem Augenblick, in dem der Staat sich dieses souveränen Rechtes begibt, begibt er sich der Möglichkeit, ein zielbewußtes und konsequente Politik nach innen und nach außen zu betreiben.

Kann glaube ich, sind die Gefahren, die Deutschland und Europa gegenwärtig bedrohen, niemals so groß gewesen wie im jetzigen Augenblick. Wenn ich noch dazu in Betracht ziehe, daß wir heute eine Regierung haben, die besten Willens ist und nach bestem Wissen und Gewissen die Maßnahmen zu treffen versucht, um die Situation zum Wohle des Volkes zu lösen, wenn ich noch hinzunehme, daß dem deutschen Volke Pläne ganz großen Charakters vorgelegt werden, die die ganze Hingabebereitschaft und den ganzen Opfermut und die ganze Opfersfähigkeit des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen, um sie zum Erfolg zu führen, dann glaube ich, geht es nicht an, daß die Regierung einerseits die größten Geldmittel, die größten moralischen Werte, die größten politischen Werte einsetzt, um mit ihren Plänen zu einem greifbaren Ergebnis zu kommen, daß dann andererseits aber einem Einzelmenschen nun das Recht vorbehalten bleibt, diese Pläne zu sabotieren und sie in der Anlage schon zu verflüchten.

Vor allem muß die Presse sich eines klar machen: Es lebt nur einmal im deutschen Volke ein unauferrobarer Hang, das geordnete Wort für erster zu nehmen als das geprüfene. Aus dieser Erkenntnis heraus muß man mit größerer Verantwortung an die Drucklegung eines Wortes gehen, als an sein Aussprechen. Heute gibt es Millionen Menschen in Deutschland, die in dieser Regierung überhaupt ihre letzte Rettung sehen. Und die weit aus überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes hat auf diese Regierung ihre allerletzte Hoffnung gesetzt. Möglich, daß die Regierung in einzelnen Beschlüssen irrt. Unmöglich aber, anzunehmen, daß nach dieser Regierung etwas Besseres kommen könnte.

Es kann deshalb für jeden nationalgefeierten und verantwortungsbewußten Staatsbürger gar keine andere Möglichkeit geben, als die Entschlüsse und Beschlüsse dieser Regierung zu bedenken und dafür zu sorgen, daß sie zu greifbaren Ergebnissen führen. Im übrigen, wenn wir heute ein Schriftleiter entlassen hätte



Die nationalsozialistische Regierung hat uns die Freiheit der Meinung genommen, so wollen wir uns doch als Fachmänner der Presse nicht selbst etwas vormachen. Ich hätte es einmal erleben wollen, daß irgend ein Schriftleiter es gewagt hätte, eine freie Meinung gegen die seines Vorgesetzten zu vertreten und sich dann darauf zu berufen, daß doch in Deutschland die Freiheit des Geistes vorhanden sei. Ist es nun für einen Schriftleiter etwas Entehrendes, wenn an Stelle des Verlegers der Staat eintritt? Ist der Staat ein schlechterer Kontrahent als ein unmittelbarer Vorgesetzter, und glaubt er, nicht etwa den größeren Idealen zu dienen, wenn er sich dem Willen und den Aufträgen des Staates ein- und unterordnet, als wenn er sich dem Willen und den Aufträgen eines zweckbestimmten Konzerns oder wirtschaftlichen Unternehmers unterordnet?

Wenn heute in Journalistenkreisen Klage darüber geführt wird, daß das Bild der deutschen Presse zur Uniform geworden sei, so muß ich dem gegenüberhalten, daß das nicht im Willen der Regierung gewesen ist. Ich kann doch nichts dafür, wenn Zeitungen, die früher gegen die nationalsozialistische Bewegung Sturm gelaufen sind, heute pünktlich sein wollen als der Papst (Beifall). Wir zwingen sie doch nicht zur Charakterlosigkeit. Der Vielgestaltigkeit der öffentlichen Meinungsbildung ist durchaus kein Hindernis entgegenge-
setzt, es liegt nur an der Phantasie und Begabung eines jeden einzelnen Schriftleiters, von diesem Recht Gebrauch zu machen.

Es ist heute in der Tat so, daß das größte Vertrauenskapital, das wir zur Lösung unserer Aufgabe nötig haben, eben die Unabhängigkeit unseres Volkes ist. Wenn ihm aber mitgeteilt wird, daß man sich noch nicht klar darüber sei, ob dieses auch richtig sei, dann glauben Sie nicht, daß Sie aus Menschen damit Heroen machen könnten. Da findet die Freiheit des Geistes und auch die Freiheit der Kritik eine Grenze. Diese Grenze ist im neuen Schriftleitergesetz ganz klar aufgezeigt.

Der Staat will Ihren Beruf nicht per beamten, aber er sichert sich eine oberste Aufsicht über den Presseberuf. Das Wesentlichste ist, daß der Redakteur selbst die Verantwortung übernimmt. Dabei bekommen Sie ein größtmögliches Maß an Selbstverwaltung. Der Reichsverband der Deutschen Presse wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie werden diesem Reichsverband ein Statut geben, nachdem Sie nun die ganze Pressearbeit auf eine neue Basis stellen können. Der Reichsverband der Presse übt seine eigene Gerichtsbarkeit aus, ohne daß der Staat in diese Gerichtsbarkeit eingreift. Ich kann Ihnen von dieser Stelle aus gestehen: Ich habe die natürliche Absicht, der warmherzige Beschützer der deutschen Presse zu sein und zu bleiben. (Beifall.)

Eine große Erziehungsarbeit steht uns allen bevor. In fünf bis sechs Jahren erst werden Sie die Früchte ernten können, die Sie von diesem Gesetz zu erwarten haben.

Ich bitte Sie also, daß Sie sich von nun ab mit der Regierung vereinen in dem ersten Willen, Deutschland aus der Krise zu erlösen, dem Volk wieder seine Arbeit und sein Brot zurückzugeben, und ich bin der Überzeugung, wenn das unser fester Entschluß ist, dann wird Deutschland herrlicher denn je wieder auferstehen. (Lebhafter Beifall.)

Das Schriftleitergesetz und seine Durchführung

Berlin, 5. Okt. In einer Erläuterung zu dem Schriftleitergesetz wird von unternichteter Seite Wert auf die Festhaltung gelegt, daß es sich keineswegs um ein neues Pressegesetz handelt. Das Schriftleitergesetz gilt nur für die periodische Presse, während das Pressegesetz nach dem Strafgesetzbuch auch Bücher, Broschüren usw. umfaßt. Das Schriftleitergesetz ist weiter nicht in vollem Umlauf ein Gesetz über die periodische Presse, sondern beschränkt sich auf alle politischen Zeitungen und Zeitschriften ohne jede Ausnahme. Es darf aber nicht vorkommen, daß die Begriffe politisch und nichtpolitisch verwischt werden und daß eine Zeitung einen Charakter annimmt, der ihr innerlich nicht innewohnt, um den Bindungen des Gesetzes aus dem Wege zu gehen. Das Gesetz regelt nur die Rechtsverhältnisse der geistigen Arbeiter an der deutschen Presse, wobei allerdings der Begriff des geistigen Arbeiters sehr weit gefaßt ist. Es will die periodische deutsche Presse zum Träger einer öffentlichen Aufgabe machen. Hier liegt der Gegensatz zwischen altem und neuem Recht. Das alte Recht wird zum Teil erneuert, andere Teile des alten Rechts werden vielleicht in ähnlicher Form folgen. Das alte Presserecht war ein polizeiliches Recht, ein typisches liberales Recht. Das jetzt geschaffene Recht ist völlig anders geartet. Es gliedert den Schriftleiter in das große System der Träger der öffentlichen Verantwortung ein. Die Schriftleiter werden nicht zum Glied des Staates in irgend welcher Form gemacht, vielmehr wird auf die persönliche freie Betätigung nach wie vor Wert gelegt. Die Schriftleiter treten in ein ähnliches Verhältnis wie Rechtsanwälte und Ärzte. Der Titel „Schriftleiter“ wird gesetzlich geschützt. Der Titel Redakteur kann im Einzelnen weiter im Sprachgebrauch erscheinen. Es ist nicht das erste Mal, daß ein deutsches Wort eine höhere Bedeutung erlangt, als sie das bisherige Fremdwort enthielt. Die Fachpresse und die streng wissenschaftliche Presse soll von dem Gesetz nicht erfaßt werden. Nur wenn sich die politische Agitation in die Fachpresse oder in die wissenschaftliche Presse mischt, wird der Minister von seinem Recht Gebrauch machen können, die Zeitschrift zu einer politischen zu erklären. Es ist gefestigt davon abgesehen worden, einen Beschäftigungsnachweis von den Schriftleitern zu verlangen. Im Wege der Überleitungsbestimmungen werden wahrscheinlich noch die Fragen der Schriftleiter jüdischer Abstammung, die Kämpfer waren, und solcher Schriftleiter, die mit Jüdinnen verheiratet sind, geregelt werden. Jeder, der den Beruf des Schriftleiters bisher ausübt hat, kann ihn weiter ausüben, sofern er die allgemeinen Bedingungen erfüllt. Eine allgemeine Gleichung des Schriftleiterstandes ist nicht vorgesehen. Das Verhältnis des Schriftleiters zum Verleger ist dem Grundsatz nach unverändert. Der Verleger soll Herr über seine Zeitung bleiben. Er muß auch wegen der Befahrung der Zeitung gewisse Grundzüge durchsehen können. An die Stelle des verantwortlichen Redakteurs tritt die unmittelbare persönliche Verantwortung jedes einzelnen Schriftleiters. Das strafprozessuale Redaktionsgeheimnis wird nicht durchbrochen. Ein Impressum gibt es auch in Zukunft. Es wird anders aussehen als bisher, braucht aber nicht lächerlich die Verantwortlichkeit anzudeuten. Das Zusammenarbeiten mit den Verlegern soll dem Reichsverband der Deutschen Presse nicht verkümmert werden. In der Pressekommission werden der Reichsverband der Deutschen Presse und die beiden großen Verlegerorganisationen gleichberechtigt sein. Wenn ein Schriftleiter zugleich Abgeordneter ist, soll unter Aufrechterhaltung der Abgeordneten-Immunität doch die Möglichkeit gegeben sein, ihn im verfassungsrechtlichen Wege aus dem Schriftleiterstand auszuschließen.

Die Aufgaben der deutschen Presse

In den Aufgaben, die dem deutschen Journalisten auf Grund des neuen Schriftleiter-Gesetzes erwachsen, äußert sich der Vorzug des Landesverbandes Württemberg im Reichsverband der Deutschen Presse, Hauptschriftleiter Karl Oerdsch, u. a. wie folgt: Die Presse und damit der Beruf des Journalisten ist von dem Geistes einer künftigen Zeit befreit. Sie haben nach einem Jahrhundert negativer und zerstörender Tätigkeit nunmehr eine positive Aufgabe, ja die erhebende Aufgabe erhalten, Träger und Sprecher der Staat gewordenen öffentlichen Meinung zu sein. Sie brauchen in Zukunft, erstmals unabhängig geworden von allen geheimen Kräften, nicht mehr Vertreter irgend einer eigennützigen Interessengruppe zu sein, sondern sind vom Staat und von der Öffentlichkeit herufen, Verteidiger der Volksgemeinschaft, Ränder dieses neuen Staates und damit Diener des Volksganges zu sein. Als Diener dieses Staates ist dem deutschen Journalisten keineswegs eine eigene Meinung oder eine Kritik verpönt, um so weniger, als sich seine Meinung und seine Kritik mit der Meinung und der Kritik des Staates im Prinzip deckt. Er hat die Meinung der Öffentlichkeit überall da zum Ausdruck und an das Ohr des Staates zu bringen, wo Schädlinge des Volksganges und des Staates am Werke sind. Seine erste und wichtigste Aufgabe ist die geistige und vollste Einigkeit zu wahren, der Verwirklichung des nationalsozialistischen Gedankengutes zu dienen und die Durchführung des einzelnen von den Pflichten jedes deutschen Menschen zu fördern.

Weitere Beschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 5. Okt. In einer Kabinettsitzung wurde ferner ein Gesetz über die schiedsgerichtliche Erledigung privatrechtlicher Streitigkeiten des Reichsstatus angenommen, wonach in Zukunft Vereinbarungen, durch die sich das Reich unter Ausschluß der ordentlichen Rechtswege dem Spruch eines Schiedsgerichtes unterwirft, grundsätzlich nur mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen abgeschlossen werden dürfen. Weiterhin ist in diesem Gesetz die Lösung von Schiedsgerichtsclauseln in laufenden Verträgen durch das Reich vorgehoben. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden entsprechende Anwendung auf die Länder und auf Verträge, die ein Dritter im Auftrage oder für Rechnung des Reiches abgeschlossen hat.

Weiter beschloß das Reichskabinetts ein Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens, wonach Richter, Staatsanwälte oder Beamte, die mit politischen oder polizeilichen Aufgaben betraut sind, aber auch Angehörige der Wehrmacht, des Luftschutzbundes, der SA., der SS., des Stahlhelms und Amtswalter der NSDAP. sowie Schöffen, Geschworene, Zeugen oder Sachverständige vor Gericht unter einem besonderen Schutz gestellt werden. Danach wird mit dem Tode, lebenslanglichem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft, wer es unternimmt, die angeführten Personen aus politischen Beweggründen oder wegen ihrer amtlichen oder dienstlichen Tätigkeit zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet. Die gleichen schweren Strafen werden festgesetzt für die Hersteller und Verbreiter von hochverräterischen Druckschriften im Auslande und für die Einführung und Verbreitung solcher Druckschriften im Inlande.

Schließlich wurde ein Gesetz über organisatorische Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels verabschiedet, das gemeinsam mit den Durchführungsbestimmungen demnächst veröffentlicht werden wird.

Genfer Minderheitsdebatte

Genf, 5. Okt. Die Minderheitsdebatte wurden im sechsten Ausschuss der Völkerbundversammlung mit einem großen Aufwand von Rednern fortgesetzt. Nach den Vertretern Kanadas, Irlands, Hollands, Rumaniens und Bulgariens erklärte Baron Wolf, eine grundsätzliche Aussprache über die von verschiedenen Delegierten aufgeworfene Frage sei nur möglich, wenn sie auf die Tagesordnung der Versammlung gesetzt sei. Die italienische Delegation sei nicht in der Lage, gewisse Grundzüge anzunehmen, die in der Debatte vertreten worden seien, obwohl sie die guten Absichten dieser Delegierten anerkenne. Das Verfahren in Minderheitsachen sei vom Völkerbundsrat auf seiner Madrider Tagung im Jahre 1929 verbessert worden, und es liege kein Grund vor, andere Abänderungen oder die Schaffung neuer Formen in Aussicht zu stellen.

Senator Berenger ging in viel weniger aggressivem Tone als vorgestern nochmals auf die deutsche Stellungnahme ein. Der Völkerbund sei kein Anthropologengerech und es sei nicht seine Aufgabe, mit seinen Untersuchungen bis zum Neandertaler vorzudringen. Die französische Republik sei die Erbin der französischen Revolution, die die Menschenrechte ohne Unterschied des Glaubens und der Rasse verstanden habe, und im Namen dieser Republik erlaube er den Ausschuss, diese Grundzüge, die seit 1922 auch die Grundzüge des Völkerbundes seien, in einer feierlichen Erklärung zu bekräftigen. Es sprachen noch die Vertreter von Albanien, Griechenland und Ungarn.

Die französische Delegation hat am Schluß der Sitzung dem französischen Resolutionsentwurf eingebracht. Darnach soll die diesjährige Bunderversammlung feierlich die Empfehlung der Völkerbundversammlung vom 21. September 1922 bestätigen und erneut verkünden, daß die Staaten, die gegenüber dem Völkerbund nicht durch formelle Verpflichtungen auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes gebunden sind, trotzdem gehalten sind, ihre Minderheiten der Rasse, Religion und Sprache gerecht und tolerant zu behandeln.

Neue Bischofsnennungen in Preußen

Berlin, 5. Okt. Auf Grund des von der Generalsynode beschlossenen Votumgesetzes sind, wie der „Evang. Pressedienst“ erfährt, durch den Kirchenrat und den Landesbischof der altpreussischen Landeskirche folgende Persönlichkeiten zu Bischöfen ernannt: Oberkonsistorialrat Peter zum Bischof von Magdeburg-Halberstadt, Pfarrer Kessel zum Bischof von Königsberg, Pfarrer Thom zum Bischof von Cammin, Pfarrer Dr. Oberheid zum Bischof von Köln-Aachen.

Zu Präbisten wurden ernannt: Pfarrer Voerzer zum Propst der Kurmark; Pfarrer Otto Eckert (Jossen) zum Propst der Neumark; Superintendent Dr. Grelk zum Propst der Grenzmark; Generalsuperintendent D. Lohmann zum Propst von Westfalen-Süd; Generalsuperintendent Senzki zum Propst von Pommern.

Der preussische Kultusminister hat dem Kirchenrat mitgeteilt, daß gegen die berufenen Persönlichkeiten Bedenken politischer Art nicht zu erheben sind.

Mit der Berufung der obengenannten Bischöfe und Präbisten, die bis auf zwei zu den ältesten Vorläufern der Glaubensbewegung Deutsche Christen gehören, ist der größte Teil der geistlichen Führerstellen in der altpreussischen Landeskirche besetzt. Die Besetzung der Bistümer Berlin, Breslau, Münster und Metzger steht noch aus.

Brüner Volksport-Prozess

und die deutsch-tschechischen Beziehungen

Vor dem Obersten Gericht der tschechoslowakischen Republik in Brünn hat jedoch ein Prozess in der Revisionsinstanz begonnen, der über das Einzelschicksal der Angeklagten hinaus Bedeutung für die Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland hat.

Am 24. September 1932 sind sieben Sudetendeutsche junge Akademiker zu Kerkerstrafen bis zu drei Jahren, zu hohen Geldstrafen und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Ihr „Verbrechen“ bestand darin, daß sie aktive Mitglieder der sudetendeutschen nationalsozialistischen Organisationen „Volksport“, „Nationalsozialistischer Jugendverband“ und „Nationalsozialistischer Studentenbund“ waren. Das Urteil kam zustande, weil das Gericht von der Annahme ausging, die NSDAP beabsichtige unmittelbar die Zerschlagung der tschechoslowakischen Republik und die Eingliederung der deutschen Siedlungsgebiete in das Dritte Reich. Als Mitglieder der genannten Verbände seien die Angeklagten den Mitgliedern der SA. und SS. in Deutschland gleichzusetzen. Diese aber bildeten eine von der Reichswehr organisierte und geschulte Referatarmee, die zum Einmarsch gegen die Tschechoslowakei für den Ernstfall bereitgestellt sei. Delft also: Vorbereitung von Anschlägen gegen die tschechoslowakische Republik.

Der Fall hat dem Reichskanzler Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede vom 17. Mai ds. Js. Gelegenheit gegeben, sich zu den dem Urteil zu Grunde liegenden Annahmen über die Beziehungen der sudetendeutschen Organisationen zur SA. und SS. und über die Unterstellung feindlicher Absichten gegen die Tschechoslowakei zu äußern. Er hat das absolut trügerische der Annahme einer Verbindung von SA., SS. oder sudetendeutschen Organisationen mit der deutschen Reichswehr nachgewiesen.

Wird das Gericht in Brünn, das jetzt im Revisionsverfahren über das erste Urteil befinden soll, diese in offizieller Form abgegebenen Erklärungen des verantwortlichen deutschen Staatsmannes würdigen? Der Hauptverteidiger in dem Brüner Prozess hat darauf hingewiesen, daß die NSDAP, inzwischen im Deutschen Reich zur Macht gelangt und zur politischen Totalität im Reich geworden ist, ohne daß die ihr nachgefolgten feindlichen Absichten gegen die Tschechoslowakei zur Wirklichkeit geworden wären. Bleibe das Urteil erster Instanz trotz der staatsrechtlichen deutschen Feststellungen, daß solche Absichten auch für die Zukunft nicht beständen, aufrecht erhalten, dann könne in der Tschechoslowakei jedes Mitglied der NSDAP, also eigentlich jeder reichsdeutsche Staatsangehörige, vor Gericht gezogen werden nur deswegen, weil er Mitglied dieser Partei ist.

Das würde in der Tat einen für das nachbarliche Zusammenleben der beiden Völker unmöglichen Zustand schaffen. Auch wenn, wie es nach Meldungen aus Prag den Anschein hat, die sudetendeutsche nationalsozialistische Partei sich im Zustand der Selbstauflösung befindet, würde eine Bestätigung des ersten Urteils einen offenen Affront für Deutschland und seine Regierung bedeuten. Man darf deshalb auf den Ausgang des Brüner Prozesses sehr gespannt sein.

Neues vom Tage

Ein größeres Olympia-Stadion

Der Reichskanzler wünscht neue Pläne

Berlin, 5. Oktober. Reichssportführer von Tschammer und Osten hielt am Donnerstagabend vor den Teilnehmern des Olympialehrerganges und den Verbandsführern eine Ansprache, in der er im Anschluß an den Besuch des Reichskanzlers im Deutschen Stadion hochinteressante Ausführungen machte. Der Reichssportführer führte u. a. aus: Ihr habt gesehen, wie sich der Führer um Euch kümmert, daß er für Euch und für den deutschen Sport großes Interesse hat. Der Kanzler hat alle Pläne für den geplanten Stadion-Umbau als nicht ausreichend bezeichnet und gesagt, das wäre viel zu klein, der deutsche Sport braucht etwas Gigantisches. Und so werden wir bereits am kommenden Montag zusammentreten und die neuen Pläne besprechen.

Amerikanisch-britische Kriegsschadensverhandlungen

Washington, 5. Okt. Die amerikanisch-britischen Kriegsschadensverhandlungen sind wieder aufgenommen worden. Sie finden im Schaham zwischen Keith Rog, dem Botschafter Lindsay und dem Unterstaatssekretär im Schaham statt.

Russenbuden in Rußland verboten

Moskau, 5. Okt. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in verschiedenen russischen Städten beschlossen worden, wegen Mangels an Mehl, hauptsächlich Weizenmehl, die Anfertigung von Russen, Torten usw. bis auf weiteres zu unterlassen.



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 6. Oktober 1933.

„Flaggen rechtzeitig wieder herein“

Vom Württ. Staatsministerium wird mitgeteilt: Dem Aufruf zur Beflaggung hat die Bevölkerung am letzten Sonntag und Montag wieder in erfreulichem Umfange Folge geleistet. Das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft zwischen Stadt und Land und das Treuebündnis für unseren hochverehrten Herrn Reichspräsidenten ist machtvoll und einmütig zum Ausdruck gekommen. Wirklich gelungen ist eine nationale Kundgebung aber erst, wenn sie auch bis zum letzten Ausklang Geschlossenheit und Disziplin bewahrt. Leider mußte aber am Dienstag festgestellt werden, daß noch recht zahlreiche Flaggen über die Festtage hinaus stehen geblieben sind, so es weil der Besitzer sie vergessen hatte, sei es auch, weil er ein Uedriges tun wollte. Selbst am Mittwoch hing noch da und dort müde eine Flagge an der Hauswand. Das ist nicht richtig. Es muß nicht nur heißen: „Flaggen heraus“, sondern auch „Flaggen rechtzeitig wieder herein!“ Die Bevölkerung wird dringend gebeten, sich bei der Durchführung der Beflaggung an die notwendige Ordnung zu gemäßen. Die amtlich angeordnete Beflaggung beginnt, wenn nicht anderes bestimmt ist, regelmäßig an dem betreffenden Festtage selbst um 7 Uhr vormittags und ist abends bei Eintritt der Dunkelheit zu beendigen, wenn die Beflaggung nicht auch für den folgenden Tag angeordnet ist.

Zur Reichshandwerkswoche. Die Handwerkskammer Reutlingen weist darauf hin, daß in der Zeit vom 15. bis 21. Oktober ds. Js. im Einvernehmen mit dem Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung die **Werkwoche des deutschen Handwerks** stattfindet. Aus diesem Grunde wird gebeten, bei der Festlegung von Veranstaltungen in der Zeit der Handwerkswoche Rücksicht zu nehmen und nach Möglichkeit Veranstaltungen der verschiedensten Art zu unterlassen, wenn dadurch Darbietungen des Handwerks in Bezug auf den Besuch aller Bevölkerungskreise gestört werden könnten.

Erlaß des württ. Kultministeriums über die Handwerkswoche — Deutsche Woche 1933. In der Zeit vom 15. bis 22. Oktober d. J. wird, ähnlich wie in den Vorjahren, in Württemberg eine „Deutsche Woche“ durchgeführt. In einem Erlaß des Kultministeriums werden die Schulen auf diese Veranstaltungen aufmerksam gemacht und ermahnt, bei ihrer Durchführung zielbewußt mitzuarbeiten. Die bevorstehende „Handwerkswoche — Deutsche Woche“ ist in allen Volksschulen, Mittelschulen, höheren Schulen, Berufs- und Fachschulen sowie in den Lehrerbildungsanstalten in besonderem Maße zu einer dem Verständnis der Schüler angepassten Aufklärung über die Bedeutung des inneren Marktes für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft und über die nationale und soziale Bedeutung und den sittlichen Gehalt des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes zu benutzen.

Die „Grünen Baum“-Vorträge bringen am Samstag und Sonntag den Tonfilm „Das Lied einer Nacht“. Der Freund schöner Musik findet die herrlichsten kompositorischen Schöpfungen, berühmte Arien, italienische Volkslieder und den Schläger „Heute Nacht oder nie“. Der Freund der Natur findet Landschaftsbilder aus der Gegend der oberitalienischen Seen, wie sie in der Phantasie nicht schöner ausmalen sind. Der Freund sprühender Unterhaltung findet Anregung und Zerstreuung durch eine tempogeeigte, ereignisreiche und stimmungsfreudige Handlung, die dem Verlangen nach Stimmung und Humor in geschmackvollster Weise gerecht wird.

Die **Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Nagold** in Altensteig. Am Sonntag, 15. Oktober, wird die Sanitätskolonne Nagold in Altensteig eine Übung abhalten. Die Übung beginnt um 2 Uhr im Schulhaus am Marktplatz. Übungsgedanke: Bei einem schweren Gewitter schlägt der Blitz in das Schulhaus, jedoch ohne zu zünden. Es handelt sich also um einen sogenannten kalten Strahl. Unter denen in den Schulklassen sich befindenden Kindern bricht eine Panik aus. Bei dieser Gelegenheit gibt es Schwere- und Leichtverletzte. Die freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Nagold leistet nach Eintreffen unter Aufsicht und Anleitung ihres Kolonnenführers Ehnig und Kolonnenarztes Dr. Bed die erste Hilfe. Anschließend findet als Abschluß der Übung auf dem Platz vor dem Schulhaus eine Nachprüfung bzw. kurze Besprechung der angelegten Verbände durch Kolonnenarzt Dr. Bed statt. Es folgt dann ein Propagandamarsch durch die Stadt mit anschließender Versammlung im Gasthof zum „Grünen Baum“. Zweck und Ziel dieser Veranstaltung ist die Gründung einer Sanitätsabteilung vom Roten Kreuz in Altensteig. Die Behörden und die Einwohnerschaft von Altensteig und Umgebung werden zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Spenden zur Winterhilfe. Bei der Landesführung Württemberg und Hohenzollern des Winterhilfswerks sind weiter in größeren Spenden angemeldet worden: Auto-Stalger, Stuttgart, 200 RM.; Redarwerke AG. und Enggauwerke G.m.b.H., Ehlingen, 10 000 RM.; Dr. Rogel-Bert, Stuttgart-Wangen, 10 000 RM.; Papierfabrik Scheufelen, Oberlenningen, 10 000 RM.; Wilhelm Gallion, Stuttgart, 20 000 RM.; Gebr. Oberpaar, Stuttgart, Rempten und Ludwigsburg, 1500 RM.; Konrad Hornschuh AG, Urbach, bar und in Waren 1500 RM.; Gabriel Leberich AG, Lederfabrik, Ulm, 2000 RM.; Dr. Erhard Jungmann-Stuttgart, 1200 RM. Gedruckte Warenspenden wurden gewährt von Anorr AG, Heilbronn. Lebensmittel im Werte von 2000 RM.; Tegtlwerts Haber u. Becher, Weilheim-Teck, 2000 Meter Feinseiflanelle im Werte von 2000 RM.; Sport-Preiswäger, Stuttgart, Kleidungsstücke im Werte von 500 RM.

Nagold, 6. Okt. (Gaugruppenchießen der Gruppe V Nord-Schwarzwald vom Riffhäuserbund.) Am nächsten Sonntag findet auf der Schießbahn des Militärvereins Nagold beim Kurhaus „Waldlust“ das **Gaugruppenchießen** des Oberamts Nagold, Calw und Neuenbürg statt. Als Preise sind Diplome des Württ. Kriegerbundes und Kränze in Aussicht gestellt.

Pfalzgrafenweiler, 5. Oktober. (Ergebnis der Erntedank-Sammlung.) Am Samstag, den 30. Sept. wurden von SA. und HJ. die Gaben eingesammelt, die für das

Winterhilfswerk bestimmt waren. Das Ergebnis war sehr schön. Es wurden gesammelt: Kartoffeln 57 Ztr., Brotfrucht 10 Ztr., Mehl 220 Pfund, Eier 71 Stück; weiterhin 8 Kinge Wurst, 19 Pfund Kuddeln, 70 Pfund Obst und noch viel Kraut, Gemüse, Kettische und sonstige Lebensmittel. Es konnten insgesamt 56 kranke und bedürftige Personen der hiesigen Gemeinde bedacht werden, die alle dankbar waren für die Gaben, die manche Not lindern können. — Es wurden alle Gaben für den Kreis der Bedürftigen im Ort selbst aufgebraucht, so daß an den Bezirk selbst nichts mehr abgeliefert werden konnte.

Freudenstadt, 6. Oktober. (Kreisfongreß der NSDAP. mit Deutschem Abend.) Anlässlich des am kommenden Samstag und Sonntag stattfindenden Kreisfongreßes der NSDAP. findet am Samstag, 7. Oktober, abends 8.30 Uhr in der städtischen Turnhalle ein „Deutscher Abend“ statt. Der Kreisfongreß am Sonntag wird in größerem Umfange stattfinden. Reichskammeralter **Murr** hat keine Beteiligung zugesagt. Die Bevölkerung ist zur Beflaggung und Ausschmückung der Häuser aufgerufen. Mit dem Kreisfongreß wird ein Aufmarsch des Sturmabteilungs 1/180 verbunden sein.

Freudenstadt, 6. Oktober. (Freudenstädter Allerlei.) Das Wetter ist bei uns immer noch sehr schön und warm. Dies wirkt sich so vorteilhaft aus, daß wir noch 400 Kurgäste haben. — Für kommenden Sonntag, an welchem Staatspräsident **Murr** hier weilen wird, werden große Vorbereitungen getroffen. Er wird im Hotel „Post“ absteigen. An Ehrungen sind u. a. in Aussicht genommen: Ueberreichung eines von dem Schwarzwalddaler Hofstrog gemalten Bildes (der Legiere hat auch für den Reichsfanzler Adolf Hitler ein Bild von dessen Heimat Braunau gemalt) und Benennung einer unserer schönsten Straßen, 1897—98 nach Abhebung des Festungswalles durchgeführten „Turnhallestraße“ in „Wilhelm Murrstraße“. Hoffentlich bleibt das Wetter so schön wie am vergangenen Sonntag, wo auch hier das Erntedankfest in erhebender Weise gefeiert wurde. — Unser Stadtpfarrer Herr **Liniger** (Schwiegervater des verstorbenen Rechtsanwaltes Huber in Nagold), der viele Jahre hier amtiert und bei der Bevölkerung sich großer Beliebtheit erfreut, wird am Sonntag, den 22. Oktober, seine Abschiedspredigt halten. Er tritt in den Ruhestand, den er hier verbringen wird. Stadtpfarrer Herr **Liniger** hat das Haus von Regierungsrat **Frauer** gemietet, der seinen Wohnsitz von hier nach **Biberach** verlegen mußte, wo er im Vorstand der Oberjäwhd. Elektrizitätswerke ist. — Der am 29. September stattgefundene Stamholzverkauf der Waldinspektion Freudenstadt (Nadelholz), brachte für die 24 Lote Höchstgebote von 55—62 Prozent der Landesgrundpreise. Man kann also von einer Besserung, d. h. eines Anstiehs der Preise sprechen, eine Tatsache, die den Waldbesitzern sicher Freude macht.

Horb, 5. Oktober. Bürgermeister **Kneißler** in Altheim wurde auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt.

Widdach, 5. Okt. (Widwache.) Am Mittwoch begab sich Bischof Dr. Spöhl in Begleitung von Weihbischof **Fischer** nach Widdach, um dem neuernannten Bischof von Münster, Graf v. Galen, einen Gegenbesuch abzustatten.

Stuttgart, 5. Okt. (Militärjubiläum.) Am 1. Oktober waren 50 Jahre vergangen, daß der verstorbenen Herzog **Wilhelm** von Württemberg, in die Armee eingetreten ist.

Beitragsherabsetzung. Die Beiträge zur Krankenversicherung sind mit Wirkung vom 1. Oktober 1933 an um ¼ Prozent des Grundlohns herabgesetzt worden.

Leistungszuschläge für die **Trinkmilchlieferanten**. Der Verwaltungsrat der Württ. Milchverarbeitung AG. hat beschlossen, ab 1. Oktober 1933 einer größeren Anzahl von Lieferanten, die sich durch Sauberkeit, Haltbarkeit und hohen Fettgehalt der von ihnen angelieferten Milch vor den übrigen Lieferanten hervorheben, einen Leistungszuschlag in Höhe von ¼ Pfg. je Liter zu gewähren.

NS.-HAWO.-Abzeichen. Die NS.-HAWO. teilt uns folgendes mit: Die oberste Leitung der NS.-HAWO.-Reichsführung macht darauf aufmerksam, daß der Betrieb der NS.-HAWO.-Abzeichen ausschließlich durch die Reichsführung erfolgt. Das Abzeichen der NS.-HAWO. ist gesetzlich geschützt und es ist daher keine Firma berechtigt, das Abzeichen herzustellen bzw. zu vertreiben.

Heilbronn, 5. Okt. (Wichtige Rettungstat eines 13-jährigen.) Mittwoch nachmittag stürzte ein 13-jähriger Junge namens **Brüsch** kopfüber in den Neckar, wo er augenblicklich in den Fluten versank. Der 13-jährige Schüler **Karl Schneider** sprang kurz entschlossen in voller Kleidung nach und rettete den Jungen.

Hausen a. N., Ul. Gaildorf, 5. Okt. (Brand.) Nachmittags brach im Anwesen des Bauern **August Jöller** ein Brand aus, der in verhältnismäßig kurzer Zeit das Wohnhaus samt Scheuer in Asche legte.

Ulm, 5. Okt. (Brand.) Mittwoch nacht ist der der Stadt Ulm gehörende „Riedhof“ in Grimmelingen fast vollständig niedergebrannt. Die Feuerwehr von Grimmelingen und die Wehrkommando von Ulm waren am Brandplatz tätig. Die Entstehungsurache konnte noch nicht festgestellt werden.

Württemberg

Der Gebietsinspektor für die Länder Baden, Württemberg und Bayern

Der Kreisleiter der NSDAP. Degg, wurde, wie die Tagesgraphen-Union aus Karlsruhe erzählt, in die Reichsleitung der NSDAP. und zum Gebietsinspektor für die Länder Baden, Württemberg und Bayern ernannt. Kreisleiter Degg diente seit 1909 bis 1920 bei der Kriegsmarine und machte dann als Geschützführer im Aufschluß an eine Weltreise die Seeschlacht des Kreuzergeschwaders „Graf Spee“ mit. In den schweren Kämpfen gegen die Spatzen im Januar 1919 war er aktiv in führender Stellung beteiligt. Um den Aufschwung der NSDAP im Seekreis hat sich Kreisleiter Degg große Verdienste erworben.



Bekanntmachungen der NSDAP.

Schulungskurs

Am Samstag, den 7. Oktober, findet in Nagold im „Waldhorn“ für sämtliche Amts- und Stabswaller des Kreises ein Schulungskurs statt. Zur Teilnahme verpflichtet sind sämtliche Ortsgruppen- und Stützpunktleiter, Kassen-, Schrift- und Blodwarte, ebenso die Oblente der NS.-Kriegsopfererforschung. Entschuldigungen können nur in ganz dringenden Fällen und nur schriftlich entgegen genommen werden.

Sta. Ortsgruppenleiter: **Kalmbach**.

Haiterbach und Pfalzgrafenweiler

An alle Holzarbeiter und verwandte Gewerbe!

Heute Freitag, 6. Oktober, abends 7 Uhr findet im Gasthof zum „Ader“ in Haiterbach und am Samstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr im Gasthof zum „Ader“ in Pfalzgrafenweiler eine große Versammlung statt. Thema: „Die deutsche Arbeitsfront“. Es spricht Verb.-Bez.-Leiter **Pg. Hornung**. Erscheinen ist unbedingte Pflicht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verb.-Bezirks-Leitung Südwest-Deutschland:

geg. **Hornung**.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen

Bekanntmachung der Kreisleitung Freudenstadt

- Die Zellenleiter rechnen ihren monatlichen Beitragseinzug in Zukunft bis zum 6. jeden Monats mit dem **Pg. Mägge**, Kreisgeschäftsstelle ab. Der Termin ist unbedingt einzuhalten.
- Es wird darauf hingewiesen, daß von allen Partei- und Volksgenossen die Sprechstunden der einzelnen Unterorganisationen unbedingt einzuhalten sind. Es geht nicht an und ist unstatthaft, daß die Leiter der Organisationen in ihren Wohnungen aufgesucht werden. Nur dringende und wichtige Sachen sollen in den Sprechstunden vorgetragen werden. Im übrigen werden alle Angelegenheiten von der Kreisgeschäftsstelle angenommen und erledigt. Alle Briefsendungen sind an die Kreisgeschäftsstelle und nicht an die einzelnen Leiter zu richten.
- Partei- und Volksgenossen, die Verwandte oder Bekannte im Auslande wohnen haben, können auf der Kreisgeschäftsstelle Aufklärungschriften „Die Wahrheit über Deutschland“ in englischer und französischer Sprache abholen. Die Aufklärungschrift wird kostenlos abgegeben; auch schriftliche Anforderungen werden erledigt.

Die Haushaltungen in Württemberg

Stuttgart, 5. Okt. Nach der Volkszählung vom 16. Juni 1933 betrug die Zahl der Einzel-, Familien- und Anstaltsausbildungen in ganz Württemberg bei einer ortsanwesenden Bevölkerung von 2 713 150 rund 691 400. Im Vergleich zur vorausgehenden Volkszählung vom 16. Juni 1925 hat sich die Einwohnerzahl um 4,8 Prozent, die der Haushaltungen dagegen um rund 75 000 oder 12,3 Prozent erhöht. Die Zahl der Haushaltungen ist demnach nahezu dreimal so rasch gewachsen wie die Einwohnerzahl. Mit der starken Zunahme der Haushaltungen bei gleichzeitigem Geburtenrückgang ist die Durchschnittszahl der Haushaltungen erneut gesunken. Sie beläuft sich heute nur noch auf 3,92 Personen gegenüber 4,22 Mitte 1925, 4,50 im Dezember 1910 und 4,59 im Dezember 1890. Im ganzen Reich liegt die Kopfzahl der Haushaltung mit 3,72 unter dem württembergischen Durchschnitt, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß in Württemberg die Verstärkerung der Bevölkerung nicht in dem Grad fortgeschritten ist wie im Reich. Kal dem Lande ist die Kopfzahl der Haushaltungen in der Regel höher als in der Stadt; sie beträgt in Württemberg in den Gemeinden unter 5000 Einwohner 4,12 und in den größeren Gemeinden 3,69. Für Stuttgart berechnet sich eine Durchschnittszahl von 3,58 Personen.

Arbeitsbeschaffung durch Instandsetzungen

Stuttgart, 5. Okt. Um eine umfängliche, rechtzeitige und beschleunigte Durchführung des Winterprogramms für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden sicherzustellen, hat am 3. Oktober d. J. an die Oberamtsvorstände und die Bürgermeister der größeren Orte Württembergs in den Halbmundsaal des Landtages unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors **Dr. Dill** zu einer Besprechung eingeladen worden, der auch Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Landesamts, des Sparfassenverbands und des Gemeindetages anwesend waren. Der Vorsitzende, Präsident **Dr. Utheler**, und Oberbaurat **Marquardt** von der Landeskreditanstalt, gaben eingehend Auskunft über die geplanten Maßnahmen, obwohl die Ausführungsmodalitäten des Reiches noch nicht erschienen sind. Es wird sich um ein gerade für die Bekämpfung der winterlichen Arbeitslosigkeit und die Belebung der Wirtschaft in dieser Jahreszeit bedeutungsvoller Wert handeln, das den vollen Einsatz der beteiligten Stellen erfordert. Handelt es sich doch darum, daß durch die stark vermehrten Zuschüsse voraussichtlich in unserem Lande 100 Millionen RM. in Bewegung gesetzt werden für Arbeiten, die auch im Winter vorgenommen werden können. Ein besonderer Anreiz zur Vornahme dieser Arbeiten liegt darin, daß neben dem Zuschuß von 20 v. H. der Kosten um deren übrigen Teil Zinsvergütungsscheine in Höhe von 1 v. H. für die Dauer von sechs Jahren gewährt werden. So ist der Gesamtzuschuß zu den Baukosten in der Endwirkung bis auf rund 10 v. H. beläuft. Die bisherigen Unterscheidungen der Instandsetzungsarbeiten werden im wesentlichen fallen, zumal auch gewerbliche und öffentliche Räume wohl berücksichtigt werden können. Besonderes Augenmerk ist auf die Unterbindung der Schwarzarbeit und der Preissteigerungen zu richten. Die Kapitalbeschaffung ist im wesentlichen Sache der Privatinitiative, doch sollen soweit als möglich Sparfassen und andere Kreditinstitute mitwirken. Die Oberamtsvorstände sind angehalten, in allen Bezirken Besprechungen mit den Bürgermeistern und weiter in Betracht kommenden Stellen abzuhalten, um ein gesammeltes und nachdrückliches Vorgehen zu gewährleisten.

Der Vorsitzende beschloß die Besprechung mit einem dringenden Appell, die Regierung erwarde von allen Beteiligten, daß sie sich restlos für die Durchführung der Maßnahmen einsetzen, die auf die Initiative des Reichsanlagers zurückzuführen seien.



Schnellversuchsfahrten auf der Strecke München—Stuttgart

Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Im Beisein des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dormmüller, wurden am Dienstag auf der Strecke München—Stuttgart Versuchsfahrten mit einem 300 Tonnen schweren Sonderzug durchgeführt, der aus sieben Schnellzugswagen und einem Reihwagen zusammengestellt war und von einer neuen elektrischen Schnellzuglokomotive mit drei angetriebenen Achsen (Bauart 1 Co. 1, Eigengewicht 90 Tonnen) gezogen wurde. Die Fahrt begann um 9.55 Uhr vormittags in München und endigte 12.20 Uhr in Flohingen. Nach Befristigung des dortigen Unterwerks fuhr der Probezug nach Amstetten. Der Zug durchfuhr die Strecke München—Augsburg (62 Kilometer) in 38 Minuten und erreichte zwischen München und Augsburg eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 98 Stundenkilometer, zwischen Augsburg und Ulm eine solche von 95 Stundenkilometer; die Höchstgeschwindigkeit betrug dabei teilweise bis zu 152 Stundenkilometer. Die Strecke Ulm—Flohingen (71,3 Kilometer) legte der Zug mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 95 Stundenkilometer in 45 Minuten zurück; die Höchstgeschwindigkeit betrug dabei 125 Stundenkilometer. Auf der Rückfahrt erreichte der Zug auf der Steilstrecke zwischen Söhen und Geislingen an der Steige (Steigung 1:100) eine Geschwindigkeit bis zu 120 Stundenkilometer. Die Geislinger Steige (Steigung 1:44) wurde aus betriebstechnischen Gründen (starke Krümmungen) nur mit 65 Stundenkilometer befahren, obwohl sich mit der neuen elektrischen Lokomotive eine weit höhere Geschwindigkeit hätte erzielen lassen. In Amstetten verließ Generaldirektor Dr. Dormmüller in Begleitung des Präsidenten der Reichsbahndirektion Stuttgart, Dr. Sigel, und den beteiligten oberen Beamten den Probezug und fuhr mit einem Sonderzug nach Stuttgart, wo er die Anlagen des Stuttgarter Nahverkehrs beaufsichtigte. Die Probefahrten verliefen programmäßig und zeigten das erwartete Ergebnis.

Letzte Nachrichten

Kameradschaftstreffen der dienstältesten Amtswalter der NSDAP in Baden-Baden

Baden-Baden, 5. Oktober. Die Reichs- und Gauleiter trafen sich heute mit den dienstältesten Amtswältern der NSDAP aus dem ganzen Reich zu einem kameradschaftlichen Zusammensein. Es waren etwa 400 Teilnehmer zugegen, darunter sämtliche Statthalter der Länder, der Stabsleiter der W. Dr. Ley, ferner Reichsstaatsminister Schwarz, die beiden Reichs-Wehrführer Major a. D. Busch und Grimm, Oberst a. D. Hiert und Dr. Frank II. Im Kurhaus fand am Abend die Begrüßung statt. Es sprachen der Reichsstatthalter von Baden, Robert Wagner, und Dr. Ley. Beide unterstrichen, daß die Festigung der Kameradschaft der Sinn dieses Treffens sei.

Für morgen ist ein Ausflug in den Schwarzwald und eine Theatervorstellung in Baden-Baden vorgesehen und für den Samstag ein Ausflug nach Heidelberg und in die Pfalz zum Besuch des Hambacher Schlosses.

Vizekanzler v. Papen und Stabschef Röhm begeben sich nach Breslau

Berlin, 5. Oktober. Vizekanzler v. Papen und Stabschef Röhm begeben sich am Freitagvormittag im Flugzeug nach Breslau, um dort an dem Aufmarsch der schlesischen SA und SS teilzunehmen.

Hausdurchsuchungen bei judendeutschen Nationalsozialisten

Prag, 5. Oktober. Bei Vertrauensmännern der aufgelösten nationalsozialistischen Arbeiterpartei und Deutschen Nationalpartei wurden gestern und heute Hausdurchsuchungen vorgenommen. Korrespondenz und Parteilisten wurden beschlagnahmt. Die Sekretariate der aufgelösten Parteien wurden geschlossen und versiegelt.

Schwere Zusammenstöße zwischen Arbeitwilligen und freilebenden Bergleuten in Nordamerika

Harrisburg, 5. Oktober. Zwischen freilebenden und arbeitwilligen Bergleuten ereigneten sich heute schwere Zusammenstöße, in deren Verlauf zwei Bomben geworfen und zahlreiche Schüsse gewechselt wurden. Etwa zehn Personen erlitten Schußerlegungen. Um die Kämpfenden zu trennen, mußten mehrere Kompagnien der Nationalgarde eingesetzt werden. Sie gingen mit aufgeflossenen Bajonetten vor. Erst nach langen Bemühungen gelang es, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Die Schweiz kürzt die Beamtenegehälter um 7 Prozent

Bern, 5. Oktober. Bei der Behandlung des Finanzprogramms stimmte der Nationalrat mit großer Mehrheit dem Antrag des Bundesrates zu, die Besoldung des Bundespersonals für 1934 und 1935 um grundjährlich 7 Prozent herabzusetzen.

Wieder ein Erdstöß in den Abruzzen

Rom, 5. Oktober. In Terin (Abruzzen) und mehreren umliegenden Ortschaften ist heute nacht wieder ein sehr heftiger Erdbebenstöß verspürt worden, der eine Reihe von Gebäuden mehr oder weniger schwer beschädigte. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Gestorben

Neubulach: Frau Hedwig Reutter, 51 Jahre alt.

Wetter für Samstag

Ueber Nordeuropa liegt ein Tiefdruckgebiet, während vom Atlantischen Ozean ein Hochdruckrücken sich nähert. Bei lebhafteren westlichen Winden ist für Samstag wechselnd bewölkt Wetter bei zeitweiliger Aufheiterung zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig
Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Laut.

Ev. Kirchenpflege Altensteig.

Kirchensteuereinzug

am Samstag, 7. Okt. von 2—5 Uhr im Gemeindehaus.

Kirchenpflege: Reuter.

Altensteig.

Sind mit sofortiger Wirkung zu sämtlichen

Orts-, Innungs- und freien Krankenkassen zugelassen

Zahnarzt Dr. Sengel.

Sprechstunden 8¹/₂—12 Uhr und
2—6¹/₂ Uhr nachmittags
Samstags 8¹/₂—3¹/₂ Uhr

Altensteig



Morgen Samstag

Metzelsuppe mit neuem Zellertaler

wozu freundlichst einladet

Hermann Lenk

Calé und Gasthof zum „Schiff“.

Martinsmoos.

Am Sonntag, den 8. ds. Mts.

musikalische Unterhaltung

mit neuem Weis

wozu freundlichst einladet

Heriter zur „Sonne“.

Zur Anfertigung

von

Plakaten

und

Aufschriften

empfiehlt sich die

W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig

Grünen Baum Lichtspiele



JAN KIEPURA
Lied einer Nacht

Vorstellungen:

Samstag abend 8.30 Uhr
Sonntag nachmittag 3 Uhr
Sonntag abend 8.30 Uhr

Altensteig, den 6. Okt. 1933.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Karl Albrecht

erfahren durften, sagen wir herzlichen Dank. Besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer, sowie dem Kriegerverein, der Musik und dem Mädchenchor, auch allen denjenigen, die ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernden Hinterbliebenen.



26 Seiten fast, mit Wertprogramm, vielen Bildern und Texten

Die bekannteste und inhaltsreiche Deutsche Funkzeitung

Mit Werberwerbungen

Monatsabonnement nur 35 Pfg.

Bestellt gern umgehend dem Verlag, Berlin 14 24

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk

Altensteig und Nagold

Ein süßer Trost

Ist es für die geplagte Hausfrau, daß sie ihre Porzelle und Linoleum mit KINESSA-Bohnerwachs gepflegt hat— Da ist es nicht so schlimm, wenn Groß und Klein mit nassen, schmutzigen Schuhen hereinkommen. Sie braucht einfach nur nach zu wischen, auch mit warmem Wasser, wenn es nötig ist und eins, zwei, drei mit dem Block, Bohner oder Bürste einfach wieder glänzen. Und das kann sie öfters wiederholen, ohne neu einzuwachsen. Zudem kann man ca. 80 qm (5—6 Zimmer) spiegelnd glänzen mit einer Pfunddose



Schwarzwald-Drog. Fr. Schlumberger

Reparatur von Nähmaschinen

Vertreter G. Bühler, Marktplatz, Altensteig

Zur Dekoration von Festwagen

empfehlen:
Girlanden
in den verschiedensten Ausführungen,
Fähnchen
Flaggengirlanden
Kreppbänder
in den nationalen Farben
Dekorations-Papiere
aller Art
Blumendraht
die
Buchhandlung Lauk
Altensteig.

Dela-Kollod der Hühneraugen Tod!

Bestes Mittel gegen
Hühneraugen und Hornhaut
Kein Verkrüpfen!
Preis nur 60 Pfg.
Niederlage:
Apothek Altensteig



schadet ihnen u. bringt Erkältungs-krankheiten. Einige der in über 40 Jahren bewährten
Kaiser's Brust-Caramellen
schützen Sie davor, Keulen Sie sofort eine Packung. Was man gleich tut, vergrößert man nicht!



LUGER Nachf.

INH.: E. RIEDEL.
Neue Bismardheringe
" Rollmops
" Geleeheringe
Eiterdose 85 Pfg.
1/2 Eiterdose 45 Pfg.
Süße Trauben
Pfd. 25 und 30 Pfg.
Bananen
Pfd. 18 und 30 Pfg.
Tafel-Birnen Pfd. 20 Pfg.
neue Kränzleigen

Jetzt Beutel 35 Pfg.
Dose 40 und 75 Pfg.
Zu haben bei: Löwen-Drogerie Oskar Hiller; Schwarzwald-Drogerie Fritz Schlumberger; Christian Burghard jr.; Lorenz Luz jr. Inh. E. Beck; J. Wurster Nachf. Fr. Eckhard. Egenhausen; Chr. Beilharz Kaltenbachs Nachf.; Alfred Kuchler. Pfalzgrafenweiler; Apotheke Carl Rettich; Friedrich Jung; Gottfried Schillinger. Walddorf: Georg Volz und wo Plakate sichtbar.

